

28. XI. 1915

Die Vorkriegslage.

42

Referent Dr. Krejčí.

Dr. Rudolf Krejčí führte aus, daß die Leuerung keinen lokalen Charakter besitzt, sondern daß man der bedauerlichen Erscheinung der Preissteigerung in der ganzen Welt gegenübersteht. Auffallend sei es nur, daß diese Erscheinung auf uns mit weit größerem Gewicht lastet als in anderen Ländern. Es läßt sich nicht leugnen, daß von Seiten der Regierung mannigfache Verfügungen getroffen wurden, um die fortwährende Steigerung der Preise hintanzuhalten. Diese Verfügungen wurden jedoch nicht in entsprechender Zeit getroffen und waren daher nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Wir stehen zweifellos gewissen Fehlern der Produzenten gegenüber, aber auch die Konsumenten standen nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Die Konsumenten hatten nicht das rechte Vertrauen zu den Verfügungen der Behörden (eine Stimme: Mit Recht!) und sie häuften daher Vorräte auf, die naturgemäß zu einer Steigerung der Preise führten. Auch die Verwaltungsorgane standen der Preissteigerung nachbereitet gegenüber und wuzien ihren Verfügungen nicht wirksam Geltung zu verschaffen. Die eigentlichen Ursachen der Leuerung sind jedoch noch tiefer zu suchen. Sie sind auf das System zurückzuführen, sie reichen auf Jahrzehnte zurück und liegen eigentlich in der Wirtschaftspolitik des Staates. Die Sanowirte haben Jahre hindurch nur daran gedacht, wie sie die Preisbildung bei der Feststellung der Zölle zu ihren Gunsten beeinflussen könnten und jene notwendigen inneren Reformen vernachlässigt, die in ihrem eigenen Interesse, aber auch aus öffentlichen Interesse hätten durchgeführt werden müssen, nur so ist es möglich, daß die Rentabilität des Bodens in Deutschland eine weit größere ist als bei unszulande. Das von dem Vorbereitungs Komitee der Enquete ausgearbeitete Memorandum faßt in hestzehn Punkten die Mittel zusammen, die eine momentane Abhilfe der obwaltenden Uebelstände bieten. Der Referent beleuchtet die hervorragenden Punkte dieses Memorandums und schließt, indem er dem Wunsch Ausdruck gibt, daß unsere Politik in Zukunft von der Idee geleitet werden müsse, Ungarn zu einem Industriestaate auszubauen.

Referent Graf Szarany.

Graf Szarany verweist darauf, daß nicht die Harmonie der gemeinsamen Interessen die Vertreter des Kapitals und der Arbeit hier zur gemeinsamen Beratung versammelt hat, sondern daß sie aus Angst vor der Gefahr einer gemeinsamen Katastrophe sich zusammengefunden haben. Sie halten jetzt zusammen wie die Passagiere eines im Sturm led gewordenen Schiffes. Das Element, welches das Schiff in Gefahr gebracht hat, ist die einseitige Wirtschafts- und Approvisionierungspolitik der Regierung. (Lebhafter Applaus.) Wenn die Regierung ihre bisherige Wirtschafts- und Approvisionierungspolitik weiterhin befolgt, muß die industrielle Arbeiterschaft, die Industrie und die ganze wirtschaftliche und geistige Kultur der Städte zugrunde gehen. In dem vorliegenden Memorandum wird ziffermäßig nachgewiesen, daß die Preise der zur Approvisionierung unerlässlich notwendigen Lebensbedarfsartikel um 130 Prozent gestiegen sind. Diesen Prozentjah vermag die Industrie durch Lohnerhöhungen bei weitem nicht auszugleichen. Mit hungrigen Arbeitern kann die Industrie aber nicht nur nicht entwickelt, sondern nicht einmal erhalten werden. Was wird nun nach dem Kriege geschehen? Die Arbeiter werden gezwungen sein, an die Arbeitgeber mit solchen Forderungen heranzutreten, von denen sie selbst wissen, daß sie ohne Gefährdung der Industrie nicht erfüllt werden können. Es fragt sich nun, ob die Regierung die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die sich an die Aufrechterhaltung und die Entwicklung des industriellen Lebens knüpfen, zu retten gewillt ist. Ist dies der Fall, so muß sie mit ihrer bisherigen Politik brechen und eine solche befolgen, welche die Existenz der Arbeiter sichert und die letzteren befähigt, ein nennenswerter Faktor der Industrie zu sein. Die Verantwortung trifft jedoch nur zum Teile die Regierung, zum großen Teile ist an den heuligen Zuständen auch der Umstand schuld, daß die städtischen Interessen nicht organisiert sind und die Behandlung stumm erduldeten, deren sie schon lange vor dem Kriege teilhaftig wurden. Mein Redner will dem Rate des Präsidenten folgend, nicht rekriminieren, denn die Rekriminationen wären nur dann am Platze, wenn es an der Zeit wäre, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es handelt sich jetzt auch nicht um die Vergangenheit, sondern um

die Gegenwart. Das vorliegende Memorandum enthält die Mittel, die geeignet wären, den gegenwärtig herrschenden Uebelständen wenigstens zum Teile abzuhelfen. Um dieses Ziel zu erreichen, darf die Regierung nicht vor großen Opfern zurückschrecken; sie muß den Städten Geld zur Verfügung stellen, um eine Vermehrung der dringendsten Lebensmittelbedarfsartikel zu ermöglichen. Dazu muß Geld vorhanden sein. Wenn man Milliarden zur Dedung der Kriegskosten verwendet, darf man auch einige Millionen nicht ersparen wollen, wenn es gilt, die Städte vor dem Ruin zu bewahren. Das Memorandum verlangt die Aufhebung der Zuder- und Petroleumsteuer, die Feststellung von Maximalpreisen für alle notwendigen Lebensbedarfsartikel, energische Verfügungen zur Verhinderung der Preistreiberei und dergleichen mehr. Die Verfügungen der Behörden müßten aber energisch durchgeführt werden, und es darf nicht geschehen, daß die Behörden selbst sich gegen diese Verordnungen vergehen. Es darf nicht geschehen, daß unsere Truppen auf dem Kriegsschauplatz siegreiche Schlachten schlagen, daheim aber das ganze wirtschaftliche, geistige und Kulturleben zugrunde geht. (Lebhafte Claque und Applaus.)

Reichstagsabgeordneter Paul Sándor,
Präsident des Ungarischen Kaufmännischen
Landesverbandes

verweist darauf, daß die in dem vorliegenden Memorandum zum Ausdruck gebrachten Wünsche zum großen Teile bereits in jener Regierungsverordnung berücksichtigt erscheinen, die vielleicht unter dem Drucke dieser Enquete in Angelegenheit der Preistreiberei vor einigen Tagen veröffentlicht wurde. Er verweist jedoch in dieser Verordnung die Errichtung einer Lebensmittelzentrale, ohne welche die Approvisionierung keine zufriedenstellende sein kann. Redner stimmt in vielen Beziehungen den Ausführungen des Berichterstatters Szarany zu. Wenn auf dem Kriegsschauplatz schon zumeist ungarisches Blut vergossen wurde, so soll uns wenigstens die künstliche junge Generation erhalten bleiben. Es darf nicht zugegeben werden, daß die Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe gehen. In Deutschland sind die Zustände in dieser Beziehung weit zufriedenstellender als bei uns. Mit der deutschen Bevölkerung kann man eben nicht so umspringen, wie mit der unsrigen; dort hat die Regierung Getreide und andere Lebensmittel wohlfeiler an die Bevölkerung abgegeben, als sie sie eingekauft hat. Bei uns haben sich geradezu skandalöse Verhältnisse entwickelt. Der Staat darf nicht ungherzig sein, wenn es gilt,